

Sachsen und die Fluchtbewegung – auch DIE LINKE muss Frage beantworten können: „Wo führt das alles hin?“

Mehr Ausblick statt Rückblick

Von Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und der Partei DIE LINKE in Sachsen

Die Gesellschaft – auch in Sachsen – wird sich durch die vielen – vor allem aus Syrien – Geflüchteten verändern. Diese Aussage wird von denen im Freistaat, die die rechtspopulistische Radikalisierung vorantreiben, vorsätzlich falsch kommuniziert als Drohung „linker Kräfte“, mit Hilfe der Migranten der einheimischen Bevölkerung fremde Lebensweisen aufzwingen zu wollen, wobei dabei selbst Teile der CDU unter Links-Verdacht gestellt werden. In der Öffentlichkeit reduziert sich dann die Auseinandersetzung scheinbar auf die Frage: Bist du für oder gegen „Multikulti“?

Falsche Fragen, irreführende Gegensätze

Mal ganz davon abgesehen, dass „Multikulti“ ein Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen und nicht die Verfremdung der einen durch die anderen meint, ist selbst das nicht die Frage, um die es zurzeit mit Blick auf die Zukunft Sachsens geht. Daran ändern auch irrlichternde Äußerungen des Ministerpräsidenten nichts, der einerseits gegen Rassismus, andererseits gegen Multikulti und einerseits gegen Islam-Integration sowie andererseits gegen aggressive Ausgrenzung redet. Diese in der Summe wirren Wortmeldungen sind leider nicht Ausdruck politischer Richtlinienkompetenz, sondern verwirren einen Großteil der ohnehin beunruhigten Bevölkerung.

Letztlich hat Stanislaw Tillich momentan das gleiche Problem wie Angela Merkel: Das „Wir schaffen das“, das wir LINKE sogar unterstützen können, definiert sich vorwiegend in der Negation des Unmöglichen, der vollständigen Abschottung. Es geht leider nicht um den Anspruch, gesellschaftlich etwas Neues zu schaffen, das allen Mitgliedern dieser Gesellschaft, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, zugute kommt. Auch die wiederholten – surreal anmutenden – Rufe des stellvertretenden sächsischen SPD-Ministerpräsidenten nach vorübergehendem Zuzugsstopp sind Ausdruck einer Denke, die sich in der Verwaltung des Unvermeidlichen erschöpft, das daher nicht zu groß werden dürfe, weil wir es dann nicht mehr schaffen.

Nicht Lasten-Verwaltung, sondern Ermöglichung von Entwicklung

Wir LINKE vertreten einen anderen Ansatz, den wir in der rund um den „Pegida-Jahrestag“ zugespitzten politischen Diskussion viel deutlicher als bisher machen müssen. Ich glaube, wir müssen den parteipolitischen Wettbewerb um die besten Maßnahmenkataloge in der Flücht-

lingspolitik, den tagesaktuellen Wettlauf um die plausibelsten Finanzierungsmodelle und den endlosen Streit um einzelne Organisationsfragen eine Weile zurückstellen, um uns darauf zu konzentrieren, worum es eigentlich geht.

Es geht nicht um die Verwaltung eines „sozialen Belastungsfaktors“, sondern um die Ermöglichung einer Entwicklung unserer Gesellschaft unter Berücksichtigung der Menschen, die nun in großer Zahl zu uns kommen. Nach einer Zeit, wo wir immer die Entwicklung einer schrumpfenden und älter werdenden Bevölkerung in Sachsen betrachtet haben.

Die Herausforderung dieser Tage hat zwei Seiten: Einmal brauchen wir einen humanitären Grundkonsens über die Sofortmaßnahmen für eine menschengerechte Flüchtlingsaufnahme. Zelte gehören da definitiv nicht dazu – auch wenn sie beheizbar sind! Dazu gehört das bewundernswerte und unterstützungswürdige Engagement unzähliger Einzelpersonen und Initiativen im ganzen Land, die zum Teil schon seit vielen Monaten Geflüchtete bei ihren ersten Schritten hinein in unsere Gesellschaft begleiten. Sie sind die verkörperte lebendige Zivilgesellschaft. Alles, was ihnen dabei hilft, ist von staatlicher Seite aus zu tun. Viele Mitglieder der LINKEN sind hier mit vor Ort aktiv. Wir verstehen uns auch als Lobby der Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, denn sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Geflüchteten und unserer Gesellschaft.

Arbeitsmigration aus Armutsregionen gesetzlich ordnen

Natürlich braucht das – seit Jahrzehnten faktische – Einwanderungsland Deutschland endlich auch ein Einwanderungsgesetz. Ich meine damit vor allem ein Einwanderungsermöglichungsgesetz. Ausgerechnet die Konservativen, die ständig ermahnen, die Themen Asyl und Migration auseinander zu halten, stehen bisher ordentlichen gesetzlichen Regelungen für Migration abseits des Asylrechts im Wege. Deshalb diskutieren wir in der LINKEN länderübergreifend an Vorschlägen für ein Gesetz, das u. a. die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses durch einen Aufenthaltstitel gewährleistet. Dies ermöglicht einerseits gerade mittelständischen Betrieben, vakante Stellen zu besetzen, und vor allem Menschen aus dem „Armutsgürtel“ rund um die EU, ihre Lebensverhältnisse durch Arbeit in einem EU-Land selbsttätig zu verbessern.

Wir sind eine internationalistische politische Sozialversicherung

Zugleich fragen viele Menschen „Wo soll das alles hinführen?“ Sie erheben einen berechtigten Anspruch gegenüber der Politik, Antworten auf diese Frage zu bekommen. Wer wenn nicht DIE LINKE kann dazu glaubwürdige Antworten beisteuern? Denn diejenigen, die Geflüchtete eher als Konkurrenz und Bedrohung wahrnehmen, werden nicht auf Wirtschaftsverbände hören, denen ja nicht immer zu Unrecht unterstellt wird, es gehe ihnen auch um preisgünstige Arbeitskräfte. Sie werden sich wahrscheinlich auch weniger von den Grünen überzeugen lassen, die die höchsten Zustimmungswerte in bestimmten urbanen bürgerlichen Milieus finden, die von Migration beruflich wie persönlich objektiv eher profitieren.

Wir als LINKE haben den Widerspruch auszuhalten, dass wir prinzipiell internationalistisch sind, da sozialer Ausgleich in einem Land unabhängig vom Rest der Welt zum Scheitern verurteilt ist. Deshalb ist auch der real existierende Sozialismus als Projekt eines Teils der Welt

innerhalb des Kalten Krieges mit dem anderen Teil der Welt wieder zusammengebrochen. Wir sind aber auch die politische Sozialversicherung derer, die sich durch entfesselte globale Mächte – siehe Tauziehen um TTIP – in ihrer sozialen Existenz bedroht sehen. Die Prekarisierten aller Länder in ihren Interessenlagen zusammenzuführen – vom sprichwörtlichen syrischen Pizzabäcker bis zur alleinerziehenden sächsischen Mutter – ist ein anspruchsvolles Projekt, für deren Bewältigung es kein Lehrbuch gibt.

Geflüchtete nicht nur als Opfer, sondern Aktive sehen

Die Geflüchteten sind – das eint übrigens Syrer, Afghanen, Tunesier und Kosovo-Albaner – kämpfende Menschen. Sie sind Leute, die sich nicht mit ihrer Lage und den Lebensbedingungen ihrer Familie abgefunden haben. Die derzeitige Flüchtlingsbewegung bewegt tatsächlich die Welt. Sie stellt den Zustand in den Herkunftsregionen ebenso in Frage wie die Verhältnisse in den Zielländern. Der Massenexodus aus Syrien beispielsweise ist wie eine – ansonsten unmögliche – Volksabstimmung über eine tödlich-hinterhältige Diktatur, islamistischen Terror und schier endloses Kriegstreiben. Er ist zugleich eine große außerparlamentarische Anfrage an die Befindlichkeit Deutschlands und Sachsens.

Wenn sich aber die Gesellschaft durch die Migration ändert, dann muss sich auch DIE LINKE ändern. Wir sind ja kein selbstzufriedener Außenposten, der selbstgerecht auf der Kanzel steht und dem Volk predigt, wie es die Welt zu sehen hat. Gerade als Landtagsfraktion der sächsischen LINKEN, die sich auf ihren jüngsten Parteitag dem fragenden Voranschreiten verschrieben hat, wollen wir ein Motor der Veränderung der Gesellschaft und damit auch von uns selbst sein. Ich spitze mal provokativ zu: Wenn die Migration den Status quo der Gesellschaft bedroht, dann bedroht sie zuvor bereits unsere eigenen lieb gewordenen linken Gewissheiten, die wir gemäß dem Marxschen Grundsatz, dass an allem zu zweifeln ist, auf den Prüfstand zu stellen haben.

Religion respektieren und laizistisch werden

Wenn Menschen zu uns kommen, die sich überwiegend als in irgendeiner Weise religiös verstehen, dann müssen wir auch als LINKE über Religion reden. Und darüber nachdenken, ob es wirklich sinnvoll ist, die Theologie aus der Universität zu vertreiben, wenn man bedenkt, dass es gerade die theologischen Fakultäten sind, die in Glaubensgemeinschaften eher zum kritischen, aufklärerischen Potenzial gehören. Dann ist es vielleicht sinnvoll, nicht nur die bisherigen christlich orientierten Lehrstühle zu belassen, sondern mehr muslimische zu ermöglichen.

Gleichzeitig sollte aber die Trennung von Kirche und Staat, die es de facto in Deutschland so gar nicht gibt, gerade jetzt im öffentlichen Bereich als Trennung von religiösem und gesellschaftlichem Leben konsequent zur Anwendung kommen. Wer nicht bereit ist zu einem entschiedenen Laizismus, möge über religiös motivierte Schwimmverbote für Mädchen und Burkas schweigen. Wir sächsische LINKE bekennen uns seit Langem, auch wo es unpopulär zu sein scheint, zu einem klar laizistischen Gesellschaftsbild. Wer gegen das Tanzverbot am Karfreitag streitet wie wir, darf dann auch über die Nebenwirkungen des Ramadan auf Schule und Beruf reden.

Antifundamentalistischer Konsens zwischen Geflüchteten und uns

Die Pointe der Debatte um die islamophoben Pegid- und anderen –isten ist aber, dass das Gros der in diesen Monaten Flüchtenden gerade den Folgen einer im Namen von Religion verübten Beeinträchtigung ihres Daseins zu entkommen trachtet. Es kommen Massen von Anti-Fundamentalisten zu uns, die Einschränkungen ihrer Freiheit durch lokale und zentrale Regimes, die sich in unterschiedlicher Weise auf Gott berufen, satt haben. Der Krieg ist gewissermaßen der grausame i-Punkt auf Jahrzehnten der Grausamkeiten durch Geheimpolizeien, gezielte Militäreinsätze, brutale Selbstbereicherung einzelner Clans usw. usf.

Sie wollen die Freiheit haben, so zu leben, wie sie das für richtig halten. Ihnen daher latent zu unterstellen, dies laufe auf eine Gefährdung unseres Grundgesetzes hinaus, ist eine durch nichts zu rechtfertigende pauschale Diffamierung, die wir zurückweisen. Zur Ehrlichkeit gehört im Übrigen auch festzustellen, dass die Gleichberechtigung der Frauen und die Nichtdiskriminierung homosexueller Lebensweise der „christlich-jüdisch-abendländischen Tradition“ auch nicht gerade in die Wiege gelegt worden ist, sondern das Ergebnis langer gesellschaftlicher Kämpfe und eines Sieges über die Macht religiöser Institutionen ist. Diese erkämpften Errungenschaften – die uns bisher noch nicht zufrieden stellen – werden wir uns von niemand wieder nehmen lassen. Nur mögen die schweigen, die bisher nie bereit waren, gesellschaftliche Veränderung auch in der Frage Gleichstellung zu akzeptieren.

Viele Geflüchtete finden vieles gut, was LINKE geschützt haben

Wir LINKE sollten uns auch des klammheimlichen Ärgers darüber enthalten, dass es so viele Menschen gibt, die ein Land gut finden, an dem wir so vieles zu kritisieren haben. Denn das, was sie an unserem Land gut finden – Grundregeln von Sozial- und Rechtsstaatlichkeit – haben ja gerade wir immer gegen alle Versuche der weiteren Demontage verteidigt. Besonders auch in Sachsen, wo wir mehr als ein Dutzend Mal Grundrechte unserer Landesverfassung vor ihrer Beschädigung durch CDU-geführte Regierungen bewahrt haben – durch erfolgreiche Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof in Leipzig.

Nun weisen wir seit einem Vierteljahrhundert darauf hin, dass unterschiedliche Ost- oder West-Sozialisation auch in einer Partei zu sehr unterschiedlichen Sichtweisen führen kann. Auf der Basis klarer gemeinsamer Grundsätze muss und soll daher – auch regionale – Pluralität blühen. Manchmal haben wir uns wahrscheinlich das Leben schwerer als nötig gemacht, weil wir zunächst infolge der gemeinsamen Muttersprache eine Nähe vermuteten, die nicht da war, wodurch dann die Unterschiede dramatischer gesehen wurden, als sie tatsächlich waren. Bei den äußerlich nun weit mehr Verschiedenen, die zu uns kommen, könnte es am Ende bei gutem Willen genau andersherum kommen: Dass die kulturellen Differenzen im praktischen politischen Leben doch weniger durchschlagen, weil wir alle Menschen sind ...

Geflüchtete in Formulierung linker Politik mit einbeziehen

Deshalb sehe ich in vielen Geflüchteten künftige Mitstreiter/innen beim Erhalt und Ausbau eines soliden Fundamentes für ein soziales und demokratisches Sachsen. Unseren emanzipa-

torischen Grundsätzen entspricht es, nicht nur für, sondern vor allem mit Geflüchteten zu sprechen und sie darin zu bestärken, für sich und selbst mit anderen zu sprechen. Wir sollten daher Geflüchtete und natürlich auch die schon bei uns lebenden Migranten weit mehr als bisher in unseren politischen Diskurs mit einbeziehen.

Dabei werden wir dann feststellen, dass die Aneignung der deutschen Sprache nicht automatisch dazu führen wird, dass wir alle unter jedem Wort immer das Gleiche verstehen werden. Ich verspreche mir von Neu-Linken in Sachsen aus dem Bereich der Fluchtbewegung, dass sie auch manche Verkrustungen, Verhärtungen und Verknöcherungen unserer Debattenkultur durch ihre Unbefangenheit von unseren internen Vorgeschichten aufbrechen.

Unsere Gesellschaft hat eine „Geschäftsgrundlage“

Wir halten nichts von Leitkultur, aber umso mehr von Grundwerten. Jahrhunderte haben Menschen gegen Ausbeutung der Arbeitenden und für Rechte der Frauen gekämpft. Das Patriarchat ist für DIE LINKE keine verhandelbare Option, es gibt unumkehrbare Errungenschaften von Emanzipation, die wir verteidigen und noch weiterentwickeln wollen. Das gilt auch für die Akzeptanz sexueller Vielfalt und Respekt gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden. Toleranz gegenüber Intoleranz darf es nicht geben.

Auf dieser Basis führen wir interkulturelle Dialoge. Eine Relativierung dieser Grundwerte von Aufklärung und Humanismus ist mit uns nicht zu machen. Regeln und Rituale, die dem zuwiderlaufen, sind aus unserer Sicht illegitim. Sachsen kann, soll und muss Heimat für die unterschiedlichsten Menschen sein, bleiben und werden. Das wird gelingen, wenn an der gesellschaftlichen „Geschäftsgrundlage“ sowohl für Einheimische wie Migranten kein Zweifel besteht. Nachholbedarf an Information und Akzeptanz dieser Grundwerte ist im Übrigen bei Menschen in beiden Gruppen vorzufinden.

Gemeinsam mit Geflüchteten bestehende Parallelgesellschaften in Sachsen und anderswo überwinden!

„Parallelgesellschaften“, das Schreckensbild der „Multikulti“-Gegner/innen, existieren entgegen landläufigem Vorurteil gänzlich unabhängig davon, ob man Schweinefleisch isst oder nicht, einen guten Wein trinkt oder lieber nur Saft, ob das Geschlechtsteil beschnitten wurde, den Kopf ein Kopftuch ziert oder nicht. Es hat ja auch noch niemand den Nachweis erbracht, dass eine Veganerin und ein Schweinshaxen-Fan nicht friedlich unter einem Dach leben können.

Die sächsische Gesellschaft ist seit 1990 infolge von industriepolitischen Fehlsteuerungen, stadtplanerischem Versagen und einseitigen gesellschaftspolitischen Leitbildern, die als neue Heilslehre verkauft wurden, in zahlreiche Parallelgesellschaften zerfallen. Die Wissenschaft spricht von sozialer Segregation, und so liegen oftmals zwischen der Eigenheimsiedlung und dem Plattenbau-Viertel Welten. Um nur ein Beispiel herauszugreifen und dabei zu betonen, dass es Plattenbau-Viertel gibt, in denen sich gut leben lässt. Und Eigenheimsiedlungen, in denen nicht mal mehr Kinder miteinander spielen (dürfen).

Dass nun die Entstehung von neuen Parallelgesellschaften befürchtet wird, liegt einzig und allein daran, dass man unreflektiert annimmt, die Flüchtlinge würden nun allesamt geschlossene Unterabteilungen bereits bestehender „sozialer Ghettos“ bilden. Das aber wäre eine Fortschreibung der falschen Politik, die uns bereits die bestehenden Parallelgesellschaften beschert hat. Unsere Alternative besteht aber gerade darin, gemeinsam mit den Geflüchteten daran zu arbeiten, die Inklusion in unserer Gesellschaft voranzubringen. Was etwa einem jungen Syrer ohne Schulabschluss weiterhilft, kann auch sächsische Schulabbrecher, von denen es bekanntlich viele gibt, ins Berufsleben hineinführen.

Dann spielt es keine Rolle, ob sich beispielsweise Araber nach Feierabend besonders gerne in einem bestimmten Café treffen (auch westdeutsche Leihbeamte etwa haben Anfang der neunziger Jahre sozialkommunikativ die Nähe untereinander gesucht, ehe sie entweder wieder zurückgegangen oder in der hiesigen Gesellschaft aufgegangen sind) und Billard- oder Fußballfreunde in einem anderen. Man kann ja heute schon in den sächsischen Metropolen beobachten, wie gemeinsame „Steckenpferde“ interkulturelle Geselligkeiten befördern.

Das Soziale stärken, die Bürokratie schwächen!

Solange die Approbation eines ausgebildeten syrischen Arztes, der den mörderischen Mächenschaften der Geheimpolizei in Syrien entflohen ist, dadurch blockiert wird, dass er das verlangte polizeiliche Führungszeugnis aus Syrien nicht beibringen kann, haben wir noch eine Unmenge Bürokratie-Abbau vor uns. Wir LINKE müssen uns von der Befürchtung verabschieden, dass hinter jeder Deregulierung Neoliberalismus lauert. Auch die umstrittene „Vorrangprüfung“ schützt keine deutschen Arbeitnehmer/innen mehr, aber behindert massenhaft Geflüchtete, die an der Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gehindert werden.

Genauso wichtig aber ist: Menschen, die aus Ländern ohne funktionierende Kranken- und Rentenversicherung, ohne intakte Krankenhäuser und soziale Infrastruktur kommen, wissen all solche Errungenschaften hierzulande – ungeachtet all ihrer Defizite – zu schätzen. Das ist gut so! Sie werden in ihrem Leben bei und mit uns, wenn wir sie lassen, langfristig mehr für die Sicherung dieses Sozialen beitragen als die Steuertrickser und –vermeider aus der ortsansässigen gehobenen Mittel- und Oberschicht. Die Geflüchteten bringen zudem oftmals, unabhängig von eigener Bedürftigkeit oder Leistungsfähigkeit, eine Bereitschaft zur gegenseitigen Solidarität mit, die auch wir in Sachsen für die Zukunft brauchen. Denn das Dogma des Egoismus, der indirekt das Gemeinwohl garantiere, wenn man ihn nur machen lasse, ist eine Irrlehre von gestern. Der Rückblick darauf lohnt nicht mehr, daher leisten wir uns den Blick nach vorn!

Demokratie- und Beteiligungsdefizit in den Mittelpunkt der Kritik stellen

Nur ein einziger Volksentscheid in einem Vierteljahrhundert, abstürzende Wahlbeteiligungen und das Gefühl sehr vieler Bürger/innen, dass sie nur noch Manövriermasse von immer ferneren Verwaltungen in immer größeren Gemeinden und Kreisen sind – die „sächsische Demo-

kratie“ ist schwer krank. Es gibt ein weit verbreitetes Unbehagen und die landläufig herrschende Meinung, dass für die Bevölkerung relevante Entscheidungen nach undurchschaubaren Kriterien gefällt werden und die Kontrolle der Verantwortlichen nicht funktioniert. Auch das ist ein Grund dafür, dass unter solchen Bedingungen jede Veränderung – wie die Ankunft von Flüchtlingen – als verstörend empfunden wird.

Deshalb sind die Absenkung der Hürden der direkten Demokratie (dazu gehört die Reduzierung der Unterschriften-Quoren) und die Schaffung niedrigschwelliger Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger/innen ein zentrales Anliegen unserer Politik. Selbstverständlich reicht es nicht nur, mit dem Finger – berechtigt! – auf die CDU zu zeigen, die sich wie eine neue Staatspartei aufführt. Auch wir LINKE sind bereit zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der offenkundigen, langjährigen strukturellen Schwäche von Opposition in Sachsen. Denn so, wie es jetzt in Sachsen läuft, geht es nicht weiter! Zu einer besseren Demokratie in Sachsen gehört auch eine stärkere Opposition. Meine persönliche Empfehlung dazu an uns selbst: Wieder mehr Bodenhaftung und Offenheit zum alltäglichen Dialog!